

Stadt Einbeck



Resolution des Rates der Stadt Einbeck zur Einführung des Niedersachsentarifs

Im Juni des vergangenen Jahres ist das neue Fahrpreissystem für Zugfahrten im niedersächsischen Nahverkehr eingeführt worden. Der Niedersachsentarif gilt als gemeinsamer Tarif aller in Niedersachsen, Bremen, Hamburg sowie in Übergangsbereichen in Nordrhein-Westfalen verkehrenden Eisenbahnunternehmen und in Teilen im anschließenden Nahverkehr. Dies ist grundsätzlich ein sehr begrüßenswerter Schritt.

Allerdings ist die versprochene Preisstabilität und der Verzicht auf versteckte Preiserhöhungen, insbesondere für Berufspendler (Jahreskarteninhaber) nicht eingehalten worden.

Im Gegenteil: Die Einführung des Niedersachsentarifs bringt erhebliche Nachteile für Berufspendler mit sich. Würden die Kürzungen von bisher bestehenden Zusatzleistungen eingerechnet, so betragen die finanziellen Mehrbelastungen für diese Kundengruppe rund 20%.

Der Rat der Stadt Einbeck, der zweitgrößten Stadt in Südniedersachsen nach Göttingen, hat ein hohes Interesse daran, dass Mitbürgerinnen und Mitbürger, die aus beruflichen Gründen nach Hannover oder auch nach Göttingen pendeln, dank der guten Verbindungen auch weiterhin die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen.

Tarifänderungen dürfen nicht dazu führen, dass es zu Benachteiligungen des ländlichen Raumes und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner kommt. Vielmehr muss der ländliche Raum weiterhin attraktiv bleiben.

Die Stadt Einbeck als Mittelzentrum im strukturschwachen Südniedersachsen hat ein großes Interesse daran, nicht einen weiteren Standortnachteil hinnehmen zu müssen.

Deshalb fordert der Rat der Stadt Einbeck den Niedersächsischen Landtag auf, auf die Niedersachsentarif GmbH (NITAG) einzuwirken, den entstandenen überproportionalen Preisanstieg für Berufspendler (Jahreskarteninhaber) zurückzunehmen.